



Antrag

Fraktion AfD

Ablehnung der Rundfunkgebührenerhöhung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es für die Erhöhung der Rundfunkgebühren keine Mehrheit im Parlament gibt und der Gesetzentwurf zum Ersten Medienrechtsänderungsstaatsvertrag (Drs. 7/6252) daher abgelehnt wird. Ferner wird durch den Landtag festgestellt, dass es einer grundlegenden Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bedarf.

Begründung

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hat im schwelenden Streit um die Rundfunkgebühren die Notbremse gezogen und den Gesetzentwurf zum Ersten Medienrechtsänderungsstaatsvertrag vor der entscheidenden Abstimmung im Parlament zurückgenommen. Die Rundfunkgebührenerhöhung zum 1. Januar 2021 ist somit durch das Land Sachsen-Anhalt blockiert worden. Das ZDF, die ARD-Anstalten und das Deutschlandradio haben angekündigt, vor das Bundesverfassungsgericht ziehen zu wollen. Angesichts der wichtigen Bedeutung des Sachverhalts und drohenden Schadensersatzklagen ist die Umgehung des Parlaments in dieser Frage nicht hinnehmbar, weswegen hierzu ein klarer Beschluss des Landtags erforderlich ist, der die Ablehnungshaltung deutlich aufzeigt.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender